

Herforder Zeitung

Bezugspreis 5.40 Mark
vierteljährlich. Bei Postbezug
5.40 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntagen und Feiertagen, mittags

für Stadt



und Land



Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postfachkonto Nr. 5296
Scheidt & Hammer

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalte, 10 Zeilen oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 48

Herford, Donnerstag, den 26. Februar 1920

30. Jahrgang

Die Erhöhung der Eisenbahn-Tarife.

Nr. des Abg. Kühle in der preuß. Landesversammlung.

Die preussische Staatseisenbahn-Verwaltung steht sich genötigt, unter dem Zwang der bekannten und oft genug erörterten Tatsachen, ihre Tarife für den Güter- und Tierverkehr ganz wesentlich, fast durchweg um 100 v. H., zu erhöhen. Für unser Wirtschaftsleben können daraus sehr schwerwiegende Folgen erwachsen. Bei den Verhandlungen über die Vorlage in der preussischen Landesversammlung am 19. d. Mts. hat gerade auf diesen Gesichtspunkt der Abg. Kühle nachdrücklich hingewiesen. Er führte als Sprecher seiner Fraktion nach dem amtlichen Protokoll darüber folgendes aus:

Auch meine Freunde erkennen die Zwangslage an, in der sich der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten befindet, indem er diese Vorlage dem Hause macht. Die Tatsachen, die der Herr Minister angeführt hat, und die sich aus der Begründung der Vorlage ergeben, sind allgemein bekannt. Ich glaube, daß man diese Vorlage mit Recht als ein

Dokument der Not und der Unsicherheit unseres Wirtschaftslebens bezeichnen kann, und daß man für eine möglichst weitgehende Verbreitung gerade dieser Denkschrift Sorge tragen müßte, um denen die Augen zu öffnen, die es immer noch nicht einsehen können und wollen, worauf letzten Endes der Jammer unserer Zustände zurückzuführen ist. Diese Vorlage ist aber auch eine sehr deutliche und eindringliche Warnung für diejenigen, die geneigt sein könnten, in dieser Zeit in dem

Tempo der Sozialisierung allzu heftig und allzu schnell vorwärtzuzugehen. (Sehr richtig! bei der Deutschen demokratischen Partei.) Die Tatsache, daß der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten ein

Defizit von 6.7 Milliarden zugeben muß, kann eine bessere Würdigung ganz nicht erfahren, als wir es eben gehört haben. Die Abhilfe aber, die der Herr Minister vorschlägt, ist außerordentlich bedenklich. Das muß mit allem Nachdruck an dieser Stelle ausgesprochen werden. Die Erhöhung der Tarife in diesem Augenblick, um aus dem Defizit herauszukommen, ist ein sehr roher Weg. (Sehr richtig! bei der D. D. P.) Die Güter- und Tiererhöhung und die Steigerung der Personentarife sollen 4.5 Milliarden einbringen, so daß immer

1.3 Milliarden ungedeckt bleiben. Die Tarifierhöhung, wird in der Denkschrift gesagt, hat bisher „ungünstige Erfahrungen“ nicht ergeben. Ich fürchte aber aus der Kenntnis und der Betrachtung des Wirtschaftslebens, daß die Tarifierhöhung in diesem Augenblick sehr verhängnisvolle Wirkungen für Handel, Gewerbe und Industrie, aber auch für die Landwirtschaft, haben wird. (Sehr richtig! bei der D. D. P.) Gewiß ist es in diesem Augenblick noch möglich, eine Abwägung einzutreten zu lassen. Aber wenn man sich klar macht, daß unsere Steuerwirtschaft erst in den nächsten Monaten so recht zur Auswirkung kommen wird, ist doch das Bedenken nicht von der Hand zu weisen, daß der Konsum gewisse Wertuerungen ablehnen wird, die sich aus der Tarifierhöhung mit Naturnotwendigkeit ergeben müssen. (Sehr richtig! bei der D. D. P.)

Der Herr Minister hat davon gesprochen, daß die Sperrgüter aus Holland heute einen so großen und breiten Raum in der Verfrachtung einnehmen. Aber gerade Holland beweist auch, daß der Konsum nicht bis ins Ungeheure belastet werden kann. Holland schwimmt im Warenüberfluß, und die holländische Geschäftswelt ist in

großer Bedrängnis, ob es ihr möglich sein wird, ihre ungeheuren Warenlager noch weiter zu erhalten; sie will ihre Warenlager abstoßen. Deutschland kann aber für einen großen Teil der holländischen Waren als Käufer nicht auftreten, weil der Konsum nicht mehr aufnahmefähig ist, da die hohen Preise einfach nicht gezahlt werden können. Es muß wohl bedacht werden, daß diese Verteuerung, die

bei den Gütertarifen 600 % gegenüber dem Friedensstand betragen soll, große Bedenken erweckt. Wie der Herr Minister zugegeben hat, gibt es gewisse Güter, die eine Belastung nicht weiter vertragen; die Verarbeitung hört dann auf. Ich bin in dieser Hinsicht nicht ganz so optimistisch wie der Herr Minister, dem ich sonst in seiner Hoffungs- und Optimismus im allgemeinen willig folge. Ich bin nicht so optimistisch, anzunehmen, daß für alle Industrien der Zeitpunkt der Not und der Schwierigkeiten des Übergangs überwunden werden kann. Es ist mir nicht zweifelhaft: es wird Industrien geben, die durch diese Tarifierhöhung, durch die ungeheure Transportbelastung so schwer betroffen werden, daß sie dauernd in ihrer Produktion leiden. (Sehr richtig! bei der D. D. P.) Davon wird dann natürlich auch der Konsument sehr verstärkt getroffen. Arbeiterentlastungen werden hier und da, in manchen Industrien, eintreten müssen. Das alles sind, wie gesagt, Gesichtspunkte, an denen man nicht vorbeigehen kann.

Die Abhilfemaßnahmen, die nun der Herr Minister vorschlägt, Bekämpfung der Teuerung, wirtschaftliche Ausgestaltung des ganzen Eisenbahnwesens, entsprechen den Ansichten meiner Fraktion, wie überhaupt den Ansichten aller derjenigen, denen etwas an der Hebung unseres Wirtschaftslebens gelegen ist.

Nach meiner Auffassung muß sich — in diesem Augenblick erscheint es mir durchführbar — die Überlegung, wie der Betrieb wirtschaftlich zu gestalten ist, auch auf ein besonderes Gebiet erstrecken, das ich mit einigen Worten hier streifen möchte. Es ist eine Tatsache, die auch der Herr Minister, wenn ich nicht irre, in einer seiner Ausführungen hier vor einigen Monaten erwähnt hat, daß die

Eisenbahn heute 30 % mehr Bedienstete als vor dem Krieg beschäftigt, bei einem so starken Verkehrsrückgang, wie er uns allen bekannt ist. (Hört, hört! bei der D. D. P.) Wir ist bekannt, daß in einem bestimmten Bezirk vor dem Krieg auf den Kopf der Belegschaft 12,7 Wagen täglich befördert wurden, heute aber nur noch 6. In demselben Bezirk kommen auf den Kopf des Fahrpersonals jetzt nur noch 8,3 km. Zugleistung gegen 12,2 km. früher. (Hört, hört! bei der D. D. P.) Aus diesen Ziffern, die sich wahrscheinlich auch für andere Bezirke errechnen lassen, ergibt sich die Notwendigkeit einer eingehenden Prüfung, einmal wie der Verkehr zu heben und andererseits wie eine verstärkte Leistung des Personals dadurch herbeizuführen ist, daß man mit Schonung und Vorsicht an die Prüfung geht, ob die

schematische und prinzipielle Regelung des Achtstundentags bei der Eisenbahn heute noch aufrecht zu erhalten ist. (Sehr richtig!) Wir wollen gewiß nicht diese Erregungen schaffen, aber es scheint uns doch die Untersuchung sehr zweckmäßig zu sein, ob nicht die Wirtschaftlichkeit des ganzen Betriebes dadurch gehoben werden kann, daß man von dieser — ich will es nicht anders ausdrücken — schematischen Regelung der Arbeitsleistung frei kommt. Vielleicht ist ein Ausweg so zu finden, daß man die Amtsvorstände mit der Befugnis ausstattet, unter Einwirkung der Arbeiter und Beamten zu untersuchen, ob für gewisse Leistungen im Eisenbahnbetrieb der Achtstundentag haltbar

oder ob eine erhöhte Wirtschaftlichkeit durch eine andere Zusammenlegung der Arbeitszeit zu erzielen ist. (Zuruf: Ist schon lange gemacht!) — Ich glaube, daß man auf diese Weise sehr bald zu einer besseren Wirtschaftlichkeit kommen kann. Wenn es schon vereinzelt geschehen sein sollte, so ist es allgemein noch nicht der Fall. Ich glaube, man wird zu einer solchen Regelung übergehen können, ohne bei den Betroffenen Widerspruch zu finden.

Die Verhältnisse, die der Herr Minister geschildert hat, sind so zwangsläufig und so einfach, daß, wie hier der Minister ohne Einschränkung zugeben mußte, ein Ausweg aus dem Elend nicht anderes gefunden werden kann als durch diese Tarifierhöhung.

Erwägenswert erscheint es mir, ob es sich nicht empfiehlt, den Zuschlag von 100 % nicht generell auf alle Personenklassen vorzunehmen, sondern die dritte und vierte Klasse etwas zu schonen.

Wir sind der Ansicht, daß eine Anleihe zur Deckung des riesigen Fehlbetrages nicht wünschenswert ist.

Wir beantragen, daß die Vorlage dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen wird, und bitten, daß dieser seine Arbeiten beschleunigt, damit die Vorlage, noch vor dem 1. März d. Js. unter Dach und Fach gebracht werden kann und die Finanzen und das Ministerium davon bald Vorteil haben. (Bravo!)

Programm der Deutschen demokratischen Partei.

III. Volkswirtschaft.

Die Deutsche demokratische Partei ist eine Partei der Arbeit. Ihr Ziel auf dem Gebiete der Wirtschaft ist der Staat des sozialen Rechts.

Die Verwirklichung der Produktionsmittel im Sinne allgemeiner Verstaatlichung wäre tödliche Bürokratisierung der Wirtschaft und verhängnisvolle Minderung ihres Ertrages. Wir lehnen sie ab und halten an der Privatwirtschaft als der regelmäßigen Betriebsform fest. Mehr als je brauchen wir gesteigerte Energie der Arbeit und vermehrte Erzeugung nützlicher Güter. Dazu bedürfen wir der durch das Eigeninteresse wachgehaltenen freien Selbstverantwortlichkeit, Initiative und Schaffensfreudigkeit jedes Einzelnen. Notwendig ist der Schutz solcher freien Bewegung dort, wo sie durch die Entwicklung bedroht wird; notwendig ist ihre Beschränkung da, wo sie zu Mißbrauch führt. Denn auch in der Wirtschaft steht das Ganze über seinen Teilen und das Volkswohl über begrenzten Gewinnen und Interessen. Auch hier müssen die hohen demokratischen Grundsätze der persönlichen Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der menschlichen Würde sich durchsetzen.

Darum fordern wir zum ersten: monopolartige Herrschaftsmacht in der Hand Weniger oder kleiner Gruppen darf nicht gebildet werden. Für den Boden das kostbarste Monopol des Volkes, folgt daraus: Verhinderung der Bodenpekulation, erschlossene Aufteilung von Großgrundbesitz zur Schaffung von selbstwirtschaftlichen bäuerlichen Familienbetrieben und zur Ansiedelung von Landarbeitern. So wird der heimische Boden möglichst vielen deutschen Menschen ein heiliges, natürliches und tätiges Dasein ermöglichen und die Volksgesundheit und die Ernährung der Gesamtheit sichern. So wird auch die Landwirtschaft befähigt, die hervorragende Stellung einzunehmen, die ihr, besonders nach den Zerstörungen durch den Krieg, im deutschen Wirtschaftsleben gebührt.

Für die Industrie, den Handel, das Bank- und Versicherungswesen erhebt sich: wo es sich um die Verwertung natürlicher Monopole handelt, wo Vertrustung, Kartell- und Verbandsbildung tatsächlich schon die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit beschränkt und aufgehoben haben, da hat der Staat sein Hoheitsrecht zu wahren. Mit sorgsam angepaßten Maßnahmen hat die Gesamtheit die Kontrolle, die Mitbestimmung, nötigenfalls auch die Leitung oder, gegen angemessene Entschädigung, das Eigentum an sich zu nehmen. Die Ausbeutung und Unterdrückung des Schwachen durch den Starken — des Arbeiters und Angestellten, des aufstrebenden Unternehmers, des Handwerkers, des Weiterverarbeiters, des Verbrauchers — ist zu verhindern. So soll der demokratische Staat des sozialen Rechts die persönliche Freiheit in der Wirtschaft wahren.

Zum zweiten fordern wir: Soziales Unrecht in der Verteilung des Besitzes und des Einkommens ist zu beseitigen. Der Staat kann nicht jedem das gleiche Einkommen anweisen; denn jeder soll den Lohn seiner Leistung erhalten. Er muß aber die Voraussetzungen schaffen, von denen aus jeder ohne unsachliche Hindernisse dieses gerechte Einkommen sich erwerben kann. Jedem Volksgenossen, der sich nicht gemeinnütziger Arbeit weigert, ist ein notwendiges Mindestmaß der materiellen Güter für die Ernährung, Bekleidung und Behausung, sowie Fürsorge in Fällen der Bedürftigkeit von rechts wegen zu gewähren. Zur Durchführung dieser umfassenden Sozialpolitik dient in erster Linie die Steuergesetzgebung. Die Steuern, vor allem die auf Besitz und Erbe, auf Einkommen und Aufwand, sollen nicht bloß die ungeheuer gewachsenen Bedürfnisse des Staates decken, sondern auch die übermäßigen Unterschiede in Besitz und Einkommen und damit in allen Möglichkeiten des Lebens ausgleichen. Bei allen Maßnahmen muß jedoch auf die Neubildung von Kapital Rücksicht genommen werden, denn ohne dies ist der Gesamtvermögen der Volkswirtschaft nicht so zu erhöhen, daß auch die Lebenshaltung jedes Einzelnen gehoben werden kann. So soll der demokratische Staat des sozialen Rechts die Gerechtigkeit in der Wirtschaft schaffen.

Zum dritten fordern wir: Dem Maschinenium des Menschen im Arbeiterprozeß ist entgegen zu wirken. Die Arbeitsleistung droht die Arbeit völlig der Seele zu berauben. Deshalb müssen Handwerk und Kleinhandel geschützt und gefördert werden. In ihnen besteht noch die unmittelbare Beziehung des Menschen zu seinem Werke; im Großbetrieb verliert der Einzelne das Verhältnis zum Gesamtergebnis der Arbeit mehr und mehr. Die Arbeitstechnik, deren Verfeinerung dieses Schicksal bildet, können und wollen wir aber nicht rückgängig machen, weil Verminderung der Produktion die Versorgung verschlechtern und dadurch für Millionen das Dasein zur Unmöglichkeit machen würde. So muß in der Demokratisierung der Wirtschaft die Hilfe gefunden werden. Die Entschlußkraft und die Verantwortungsbereitschaft des Unternehmens müssen sicher erhalten bleiben; aber ebenso ist die Arbeitsfreude des Arbeiters und Angestellten ein Produktionsfaktor von höchster Wichtigkeit. Darum brauchen wir ein Arbeitsrecht, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Produktionsprozeß sich tatsächlich gleichstellen. Darum brauchen wir weiter auch eine Arbeitsverfassung, die den bloß Abhängigen zum bewußten Mitwirkenden erhebt. Der Betrieb muß aus einem Herrschafts- zum Gemeinschaftsverhältnis werden. An die Stelle des Betriebsuntertans tritt der Betriebsbürger. So soll der demokratische Staat des sozialen Rechts die Würde des Menschen in der Wirtschaft begründen.

Und so in Freiheit und Wahrheit, Gerechtigkeit und Würde, wollen wir die deutsche Republik, den neuen Staat der Kultur und des sozialen Rechts aufbauen und ausbauen. Der Bürger dieses Staatswesens wird sich im geistigen Schaffen wie im Betriebe der Wirtschaft als Glied einer solidarischen Arbeits- und Volksgemeinschaft fühlen. Sie gibt ihm sein Einzelrecht, aber sie verlangt auch höchste Pflichterfüllung für das Ganze. Es gilt das Vaterland wieder aufzurichten, einheitlich und festgelegt im Innern, angesehen und kraftvoll im Rate der Völker.

Vonwärts und aufwärts in Deutschland und für Deutschland — das ist das Leitwort der Deutschen demokratischen Partei!

Erzberger.

Das aufsehenerregende Ereignis des vorläufigen Amtsrücktritts des Reichsfinanzministers trug am Mittwoch keine Welle in den Gerichtssäle. Allenfalls schienen die jersäfernden Fragen des Angeklagten Dr. Helfferich von verstärkter Angriffsart getragen, während Herr Erzberger Objektivität zu beobachten beabsichtigte und hierdurch wie durch breite Ausmalung eines angeblich gegen ihn angelegten Spionierbittens Eindruck machen wollte. Die

Das Neueste vom Tage.

Die Vossische Zeitung bringt entgegen anderslautenden Mitteilungen eine Erklärung des preussischen Eisenbahnministeriums, wonach der Vorwurf, daß die preussischen Bahnen ohne Gegenleistung aus der Hand gegeben wurden, völlig unzutreffend sei.

Der Streik im Essener graphischen Gewerbe ist beendet, nachdem die Forderungen der Angestellten, die sich auf 60 M. Wochenzulage beliefen, bewilligt wurden.

Das Kriegsgericht in Evinay verurteilte den deutschen Feldwebel Wilhelm Mühl zu drei Jahren Zuchthaus und 3000 Francs Geldstrafe, weil er französische Gefangene in einem deutschen Lager schlecht behandelt haben soll. Mühl ist Besitzer eines Kaffeehauses in Rehl a. Rh., wo er von den französischen Besatzungsbehörden verhaftet wurde.

Seit dem 1. Juli 1919 bis zum 25. Februar sind in Paris 1000 Deutsche angekommen, die von der Polizei Aufenthaltserlaubnis erhielten.

Eine Bekanntmachung sämtlicher bayerischer Staatsminister führt die volle 48 stündige Arbeitswoche für alle staatlichen Behörden und Arbeiter ohne Ausnahme ein.

Wie der „Bayerische Kurier“ meldet, ist der bei dem Fürsten Thurn und Taxis angestellte Verwalter Gerlein wegen Millionenschuldungen verhaftet und in Augsburg eingeliefert worden.

Der Oberste Rat hat Venizelos zur Teilnahme an der Besprechung über die Zukunft Smyrnas berufen.

Der Berliner Lokalanzeiger läßt sich aus Straßburg melden, daß 400 altdeutsche Lehrer und Lehrerinnen aus dem Lehrkörper der ebsch-lothringischen Volksschule ausgeschieden und 600 altdeutsche Lehrer und Lehrerinnen infolge der schändlichen Behandlung der Franzosen ihre Stellungen verlassen haben, dagegen seien tausend Lehrer und Lehrerinnen aus Frankreich eingewandert.

Churchill sagte im englischen Unterhause, bisher habe man nicht den Eindruck von Unwilligkeit seitens der deutschen Regierung gehabt, die tatsächlich eine große Zahl von Bestimmungen des Friedensvertrages zur Ausführung brachte.

Die russische Sowjetregierung hat je eine Friedensnote an die Vereinigten Staaten, Japan und Rumänien gerichtet.

Nach dem Petit Parisien ist in Konstantinopel ein Detachement englischer Marine-Infanterie gelandet worden.

In der russischen Roten Armee räumte Trotski den Offizieren ihre frühere autoritative Stellung und höhere Gehälter ein.

Wilson hält an seinem Standpunkt in der Fiume-Frage fest, daß Südslavien seinen natürlichen Ausgang zum Meere haben müsse.

Der Pariser „Clair“ bestätigt, daß eine Revision des Friedensvertrages stattfinden werde zugunsten der Besiegten.

Der englische Bevollmächtigte O'Grady wird am Sonnabend nach Kopenhagen zurückkehren, um dort die mit Litwinow getroffenen Vereinbarungen zu ratifizieren.

Das Sinnfeiner-Unterhausmitglied Barton ist wegen Aufforderung zu Gewalttaten durch das Gericht in Dublin zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

Die italienischen Metallarbeiter sind in den Generalstreik eingetreten.

Schweizer Kapitalabberufungs-Affäre tauchte wiederum auf, ohne daß der Nebenkläger zu dem Geständnis illonalen Vorgehens zu bringen war. Alles sei ordnungsgemäß gegangen und das nach der Schweiz geschaffte deutsche Geld habe lediglich den Zwecken der Politik oder der Mission gedient. Seinen Aufenthalt in der Schweiz begründete Erzberger mit schweren Erkrankungsfällen in der Familie, für die der Verteidiger Dr. Helfferich volles menschliches Mitgefühl bekundete, um jedoch die „Millionärsskandale“ Erzbergers in der Schweiz bei steueramtlich gemeldetem geringem Einkommen als höchst auffällig zu bezeichnen. Im übrigen zielte der Angeklagte darauf ab, an einer weiteren Reihe von Fällen die Unwahrscheinlichkeit und Unklarheit Erzbergers darzutun, wobei es abermals zu scharf umrissenen Fragestellungen kam. Längere politische Auseinandersetzungen schnitt der Vorsitzende ab.

L. U. Berlin, 25. Febr. Zu der zeitweiligen Suspension des Finanzministers Erzberger erfährt die A. Z. von einer gut unterrichteten Persönlichkeit, daß die Untersuchung mit äußerster Beschleunigung durchgeführt und voraussichtlich innerhalb von zwei bis drei Tagen beendet sein wird. Erzberger hat der Reichsregierung die Erklärung abgegeben, daß die Untersuchung nicht den geringsten Schutzbeweis gegen ihn zutage fördern und im Gegenteil vollständig rehabilitieren werde. Herr Erzberger hat keinerlei Veranlassung, die Suspension zu dauern zu lassen, bis der Helfferich-Prozess beendet ist. Er will seinen Dienst als Reichsfinanzminister am Sonnabend spätestens am Montag wieder aufnehmen.

In der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird ausdrücklich betont, daß es sich bei dem Dismiss des Reichsfinanzministers Erzberger nur um etwas Vorübergehendes handelt. In verschiedenen rechtsgerichteten Blättern, wie der Kreuzzeitung, werden in dem Schritt der Suspension die ersten Anzeichen des Sturzes Erzbergers erblickt. Der Lokalanzeiger will erfahren haben, daß sich gestern die demokratische Fraktion der Landesversammlung mit der Angelegenheit befaßt hat.

Seyering an die Bergarbeiter

Dortmund, 25. Febr. Reichskommissar Seyering veröffentlicht einen Aufruf an die Bergarbeiter des Ruhrgebiets, in dem es heißt: Während auf den meisten Seiten des Ruhrgebiets das Verfahren der vereinbarten halben Überbrückung durch die Einsicht und dem Opfermut der Kameraden ohne Schwierigkeiten verläuft, wird von einigen wenigen gemeldet, daß die Belegschaft sich weigert, die Überbrückung zu leisten. Vereinzelt ist sogar versucht worden, nach Ablauf der ordentlichen Schichtzeit von 8 Stunden die Ausfahrt gewaltfam zu erzwingen mit der Begründung, daß die Vereinbarungen nicht bindend seien. Demgegenüber sei darauf aufmerksam gemacht, daß das Abkommen sich auf den Tarifvertrag stützt, der in seinem § 3 Überbrückung oder Überbrückung aus Gründen des Allgemeinwohls vorschreibt. Gegen Belegschaftsmitglieder, die sich dem Abkommen nicht fügen wollen, ist leider nur mit Zwang auszufahren. Die Belegschaften haben Anweisungen erhalten darüber, wie in jedem einzelnen Fall der Weigerung zu verfahren ist.

Vor einem Aufstand in Syrien

dd. Haag, 26. Febr. (Eigene Drahtmeldung.) Nach der Morning Post nimmt die Unabhängigkeitsbewegung in Syrien immer weitere Kreise an. Damaskus ist durch einen der einflussreichsten Häuptlinge, der über 30 000 Anhänger verfügt, besetzt worden. Dieser erklärte in einem Interview, solange über das Los Syriens kein endgültiger Beschluß gefaßt sei, würden keine Kämpfe stattfinden. Wenn die Beschlässe sich für Unabhängigkeit aussprechen würden, würde der jetzige Zustand erhalten bleiben. Wenn das nicht der Fall wäre, würde das ganze Volk die Waffen ergreifen. Er erklärte, daß man eine Armee von 500 000 Mann zusammenbringen werde. Die Beduinenhäuptlinge, die früher in der türkischen Armee gekämpft hätten, exerzieren ihre Stämme für die Verteidigung Syriens ein.

Zwischen Himmel und Erde.

Erzählung von Otto Ludwig.

Ob die Veränderung, die mit unserem Wanderer in der Fremde vorgegangen, seinen Bruder ebenso erfreuen wird, als die Nachbarn?

Es ist an der Tür des Vaterhauses angekommen. Vergeblich hat er an den Fenstern nach einem bekannten Antlitz gesucht. Jetzt kommt ein untersehter Herr im schwarzen Grad herausgetrückt. So hastig kommt er gestürzt, so wild umschlingt er jenen, so fest drückt er ihn an seine weiße Weste, so nah drängt er Wangen gegen Wangen, so lang läßt er sie da ruhen, daß man die Wahl hat, zu glauben, er liebt den Bruder außerordentlich, oder — er will sich nicht gern in die Augen sehen lassen von ihm. Aber er muß ihn doch endlich einmal aus den Armen tun; er nimmt ihn unter den rechten und zieht ihn in die Türe.

Schön, daß du kommst! herrlich, daß du kommst! Es war eigentlich nicht nötig — ein Einfall von dem im blauen Rock, und der hat nichts mehr zu befehlen im Geschäft. Aber es ist wirklich schön von dir; es tut mir nur leid, daß du deiner Braut unnütz die Augen rot machst. Deiner Braut! das sprach er so deutlich und mit so erhöhter Stimme, daß man es in der Wohnstube vernahmen und verstehen konnte.

Der Ankömmling suchte mit feuchten Augen in des Bruders Angesicht, wie um Zug für Zug durchzugehen, ob auch alles noch darin sei, was ihm so lieb und teuer gewesen. Der Bruder tat nichts dazu, das Gesicht ihm zu erleichtern. Was auch ihn hindern mochte; er sah von dem anderen nur, was sich zwischen Kinn und Fußspitzen deselben befand. Er hatte vielleicht gedacht, sich mit der alten Wendung auf den Fersen an die Spitze des Zuges zu stellen. Aber nach dem Wenigen, das er gesehen, packte der „Trummer“ nicht mehr und die Wendung unterließ.

Der Vater hat es haben wollen, sagte der Ankömmling unbedarft. Und was du da von einer Braut sagst —

Der Bruder unterbrach ihn; er lachte laut in seiner alten Weise, so daß man, sprach Apollonius auch weiter, ihn nicht mehr

verstanden hätte. Schon gut! Schon gut! Noch einmal, es ist prächtig, daß du uns besucht und vierzehn Tage wenigstens verweilt du fest gehalten, magst du wollen oder nicht. Kehre dich nicht an die, fehte er leiser hinzu und zeigte mit der Rechten durch die Türe, die er eben mit der Linken öffnete.

Die junge Frau stand mit dem Rücken gegen die Türe an einem Schrank, in welchem sie trankte. Verlegen und nicht eben freundlich wandte sie sich, und nur nach dem Manne. Noch sah der Schwager nichts als einen Teil ihrer rechten Wange und eine brennende Rote darauf. Was man sonst an ihrem Benehmen auszuweisen fände, es zeigte sich darin eine unverkennbare Ehrlichkeit, ein Unvermögen, sich anders zu geben, als sie war. Sie fand da, als mache sie sich gefaßt, eine Beleidigung hören zu müssen. Der Ankömmling ging auf sie zu und ergriff ihre Hand, die sie ihm erst schien entziehen zu wollen und dann regungslos in der seinen liegen ließ. Er freute sich, seine wertige Schwägerin zu begrüßen. Er bat ihr ab, daß er durch sein Kommen sie erzügne, und hoffte, durch redliches Benehmen den unerkennbaren Widerwillen zu besiegen, den sie gegen ihn trage. In so schonende und artige Wendung er Bitte und Hoffnung kleidete, er sprach beide bloß in Gedanken aus. Daß alles so war, wie er es sich gedacht, und doch wieder so ganz anders, nahm ihm Unbefangenheit und Mut.

Der Bruder machte der heimlichen Pause, denn seine Frau antwortete mit keinem Worte, ein willkommenes Ende. Er zeigte auf die Kinder. Sie drängten sich noch immer, unbeirrt von allem, was die Erwachsenen bedrängte und sie nicht bemerken und verstanden, um den neuen Anfall; und dieser war froh über den Anfall, sich zu ihnen herabzubiegen und tausenderlei Fragen beantworten zu müssen.

Die Bräut ist aufdringlich, sagte der Bruder. Er zeigte auf die Kinder, aber er sah verstoßen nach der Frau. Bei alledem wunderte sich, wie ihr bekannt geworden sei. Und so schnell so vertraut, fügte er hinzu. Er mochte in Gedanken seine letzte Bemerkung weiter spinnen; es scheint, du verstehst schnell vertraut zu werden und zu machen. Ein Schatten wie von Besorgnis legte sich über sein rotes Gesicht. Aber den Kindern galt die Besorgnis nicht; er hätte sonst dabei nach den Kindern gesehen und nicht nach seiner Frau.

Der Ankömmling sprach immer eifriger mit den Kindern. Er hatte die Frage überhört, oder er wollte vor der zürnenden Frau

sich nicht merken lassen, wessen Bild er so lebendig in sich trug. Die Neugierde mit der Mutter hatte ihn die Kleinen, die ihm so fällig begegnet, als seines Bruders Kinder erkennen lassen. Die Frage aber, wie sie so schnell mit ihm vertraut werden konnten, hätte man an den alten Valentin tun müssen. War es doch so wesen, der ihnen immer von dem Dufel erzählt, der bald zu kommen. Vielleicht nur, um von dem mit jemand sprechen zu können, von dem er so gern sprach. Der Bruder und die Schwester gerin wichen solchen Gesprächen aus und der alte Herr machte sich nicht so gemein mit dem alten Gesellen, über Dinge mit ihm zu sprechen, die ihm den Vorhang bieten konnten, in irgend eine Verantwortung gegen ihn zu verfallen. Der alte Valentin hatte auch sagen können, die Kinder waren nicht zufällig dem Dufel begegnet. Sie waren gegangen, um ihn zu finden. Der alte Valentin hatte daran gedacht, wie tausend Heimkehrer die harte reiche Liebe entgegensteht; es hatte ihm wohl getan, daß nur seine reiche Liebe entgegensteht, ehe er pöchte an des Vaters Erbteil. Apollonius verknüpfte plötzlich. Er erschrak, daß die Gelegenheit ihn des Vaters vergessen gemacht. Der Bruder verstand seine Bewegung und sagte erleichtert: er ist im Geschäft. Apollonius sprang auf und eilte hinaus.

Da unter seinen Beeten lauerte die Gestalt des alten Herrn. Er folgte der Schere des alten Valentin, der auf den Knien vor ihm herrschte, noch immer mit den prüfenden Händen. Er fand manche Ungleichheit, die der Geselle sofort entfernen mußte. Ein Wunder war es nicht. Der alte Valentin dachte jede Minute etwas mal; jetzt kommt er! und wenn er so dachte, fuhr die Schere über in den Buchsbaum hinein. Und der alte Herr würde noch anders gebremst haben, machte nicht derselbe Gedanke die Hand unruhig, die nun sein Auge war.

Apollonius stand vor dem Vater und konnte vor Scham nicht sprechen. Er hatte lange gewußt, der Vater war blind, er hatte sich ihn oft in schmerzlichen Gedanken vorgemalt. Da war er gewesen wie sonst, nur mit einem Schirm vor den Augen. Er hatte sich ihn fiebernd oder auf den alten Valentin sich lehnen und dacht, aber nie, wie er ihn jetzt sah, die hohe Gestalt hilflos wie ein Kind, die lauernde Stellung, die gitternde und ungewisse sich hingestreckten Hände. Nun wußte er erst, was blind sein heißt. Valentin setzte die Schere ab und lachte oder weinte auf den Knien; man konnte nicht sagen, was er tat. (Fortf. folgt.)

Unruhen in Oberitalien.

dd. Lugano, 26. Febr. (Eigene Drahtmeldung.) Wanti berichtet, daß es in der Gegend von Treviso infolge der Arbeitslosigkeit zu schweren Ausschreitungen kam. In einer Ortschaft wurden Regierungsvertreter vertrieben und ein Arbeitererrat eingesetzt. Es soll zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen sein, wobei es zwei Tote und zahlreiche Verwundete gab.

Brügelzenen im japanischen Parlament.

Amsterdam, 25. Febr. Den Blättern zufolge meldet „Castern Service“ aus Tokio, daß das japanische Abgeordnetenhaus während der Erörterung des Gesetzes über das allgemeine Wahlrecht der Schaulust wilder Zusammenstöße und eines Handgemenges war. Die Oppositionsparteien stellten den Antrag, der Regierung ein Mißtrauensvotum zu geben. Die Menge griff das Bureau der Regierungsbücher wegen ihrer Opposition gegen das allgemeine Wahlrecht an. Die Polizei mußte einschreiten, um weiteren Zusammenstößen vorzubeugen.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 25. Februar. Das Haus nimmt zunächst den Entwurf über die Aenderung der Amtsgerichtsbezirke Hohensimburg und Schwerte in dritter und den Entwurf über steuerliche Vorrechte eingemeindeter Ortsteile in zweiter und dritter Beratung an.

Abstimmung über die Anträge zur Höchstmietverordnung.

Sodann wird in namentlicher Abstimmung der Antrag Friedberg, der schnelle Vorlegung der Verordnung zur Nachprüfung durch die Landesversammlung verlangt, gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Deutschhannoverschen und Demokraten abgelehnt. Abgelehnt wird gleichzeitig bei gleicher Haltung der Parteien der Antrag Conradt (Deutschnational), der, abgesehen von der Vorlegung der Verordnung, die Ausführungsbestimmungen durch solche ersetzen will, die gleichmäßig den Interessen der Mieter und Vermieter gerecht werden. Darauf wird der Antrag Bartels (Soz.), der die Verordnung lediglich zur Kenntnisnahme vorzulegen verlangt, mit Stimmeneinheit angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages des Ausschusses für Bevölkerungspolitik über die

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

und Regelung des Fremdwesens.

Der Antrag verlangt reichsrechtliche Regelung in der vorgeschlagenen Form. Beratungsstellen sollen eingeführt, an Stelle der polizeilichen Reglementierung soll ein Pflegenamt errichtet werden, eine Anzeigepflicht ist vorgeschrieben, die Behandlung soll unentgeltlich sein. Besondere Bestimmungen regeln den Gefährdungsanweisung und den Behandlungszwang für Diensten. Sodann steht der Entwurf einer Reihe von Strafbestimmungen vor.

Hg. Dr. Straube (Dem.): Die Zustände sind schlimmer, als die Öffentlichkeit ahnt. Gile ist geboten.

Hg. Graef-Frankfurt (Soz.): Besonders zu begrüßen ist das Vorgehen gegen die Kurpfuscherei.

Hg. Dr. Hübner (Ztr.): Wir müssen dem Volk den Sinn für Reinlichkeit wieder wecken. Auch unsere moralische Diktatur ist gewaltig gestunken.

Hg. Dr. Negeborn (Zn.): Der Antrag Hg. Hoffmann, der die Namensnennung der Kranken vorseht, geht uns zu weit.

Hg. Stendel (D. V.): Die Festsetzung der Anzeigepflicht wird die Kranken zu solchen Namensangaben vor den Ärzten veranlassen und sie den Kurpfuschern in die Arme treiben. Die Zurücknahme eines Strafantrages wegen Körperverletzung durch Anzeigepflicht muß zulässig sein. Gegenüber dem Ruf „Los von dem Polizeistaat“ bedeuten die vielen Strafbestimmungen praktisch „Gincin in den Polizeistaat“.

Der Ausschuh Antrag wird einstimmig angenommen. Gegen eine sehr erhebliche Minderheit wird der Antrag Hg. Hoffmann auf Namensnennung bei der Anzeigepflicht abgelehnt.

Der Antrag Bronisch (Zn.), der eine Beratung mit Behörden und Vereinen zur Erzielung geeigneter Maßnahmen zwecks Bekämpfung der Prostitution anordnet, wird dem Bevölkerungsausschuss überwiesen.

Es folgt die Beratung eines Zentrumsantrages über die Beschäftigung der Kriegsschädigten im Staatsdienst. Angenommen wird ein Ausschuh Antrag, diesen Zentrumsantrag durch den Beschluß der Landesversammlung vom 2. Oktober vorigen Jahres für erledigt zu erklären. Der Antrag Dr. Gey (Ztr.) auf Erhöhung der Feuerungszulagen im besetzten Gebiet wird als durch frühere Beschlüsse des Hauses für erledigt erklärt.

Donnerstag 12 Uhr: Keine Vorlagen. Schluß 6 Uhr.

Deutsches Reich.

M. Effen, 25. Febr. Die Bergische Volksstimme in Remscheid wurde vom Wehrfreikommando 6 in Münster mit Wirkung vom 24. Februar bis auf weiteres verboten, da sie das Versprechen, die Politik der Regierung bezüglich der Kohlenförderung nicht zu durchkreuzen, nicht eingehalten hat.

Berlin, 25. Febr. Die Verhandlungen des Reichsschulsausschusses wurden am Mittwoch zu Ende geführt. Neben der Lagung des Ausschusses für die Neuordnung der Rechtschreibung berichtete Geheimrat Regierungsrat Dr. Karl Schmidt vom preussischen Kultusministerium und Prof. Dr. Strauß aus Erlangen. Unterstaatssekretär Schulz stellte fest, daß der Reichsschulsausschuss in seiner Entscheidung frei sei, besonders hinsichtlich des Ausmaßes der Neuordnung. Geh. Regierungsrat Gürlich begründete sodann einen vom Regierungsministerium des Innern vorgelegten Gesetzesentwurf über die Lehrerbildung.

Deutschlands Antwort auf Millerands Kohlennote.

L. U. Berlin, 25. Febr. Die Kohlennote Millerands ist inwärtigen beantwortet worden und zwar geht die Antwort der deutschen Regierung dahin, daß die sachlichen Gesichtspunkte, von denen Millerand in einer Note ausgegangen ist, unzutreffend sind, die materiellen Fragen, die in dieser Note angeschnitten wurden, sind dagegen von der Wiedergutmachungskommission zu erledigen.

Die letzten Verwundetentransporte aus der Schweiz.

dd. München, 26. Febr. (Eigene Drahtmeldung.) Der letzte Transport schwer verwundeter deutscher Gefangener aus Frankreich über die Schweiz ist in Konstanz eingetroffen. Das große Liebeswerk, das die Eidgenossenschaft übernommen hat, ist damit beendet. Insgesamt führte die Schweiz seit 1917 120 000 deutsche Kriegsgefangene der deutschen Heimat zu.

Die Tägliche Rundschau meldet aus Breslau: Die Befehlungskommission ordnete in Ueberschreitung ihrer Befugnisse an, daß die Stadt Hindenburg wieder 3 Jahre zu nennen ist.

Die Post. Ztg. veröffentlicht eine Erklärung des Reichswehrministers, daß die bei der Versammlungssprengung in Charlottenburg, bei der Herr v. Gerlach verprügelt wurde, festgenommenen Offiziere und Mannschaften des Baltikumskorps unschuldig seien.

Die Aktiengesellschaft „Wefer“ hat sich infolge Kohlenmangels erneut gezwungen gesehen, den Betrieb zu schließen. Nur Notstandsarbeiten werden noch ausgeführt.

Hersford u. Minden-Ravensberg.

Herfordsch. Anstalt der Schriftleitung: Nr. 151.

26. Februar.

Lebensmittel.

Die Fleischpreise für die Woche vom 23. bis 29. Februar ds. Js. ist auf 200 Gramm festgelegt. Geliefert wird auf den gültigen Wochenabschnitt der Fleischsorte (mit der grünen 2) je 150 Gramm Rinder-Gesierfleisch, 50 Gramm Wurst von auswärts. 1 Pfund Rinder-Gesierfleisch kostet M. 6,00, 1 Pfund Leberwurst kostet M. 5,00, 1 Pfund Fleischwurst kostet M. 5,50 M.

Der Verkauf in den Schlachtereien findet statt: Am Freitag, den 27. Febr. vorm. an die Fleischsorteninh. M-G, am Freitag nachm. an die Fleischsorteninh. S-R, am Sonnabend, den 28. Febr. vorm. an die Fleischsorteninh. S-Z. Sonnabend nachm. findet kein Verkauf mehr statt.

Für stillende Mütter. Solange der Vorrat reicht, wird in der Markthalle je ein Pfund Fleisch zu 3.— M. (aus Fleischnahmen flammend) gegen Vorlage der blauen Milchkarte abgegeben. Kaufrisik bis 27. ds. Mts.

— Brand auf dem Kleinbahnhof. Gestern nachmittag nach 3 Uhr geriet aus noch unbekannter Ursache auf dem Kleinbahnhof ein Waggon mit Stroh in Brand. Die Feuerwehr war schnell zur Stelle und löschte das Feuer. Das Stroh ist zum großen Teil verbrannt, ebenso die Holzteile des Waggons.

p. Polizeibericht. Gestohlen wurde einer Ehefrau auf dem Dudel aus ihrer Wohnung eine braunleberne Handtasche mit 45 M. Inhalt. — Zur Anzeige gebracht wurde ein Hausdiener, der beschuldigt wird, seinem Arbeitsgeber Zigarren entwendet zu haben. — Gestohlen wurden einem Färbereibesitzer mehrere Zentner Eisen. Vor Ankauf wird gewarnt.

p. Was alles gestohlen wird! Auf dem Bahnhof wurde eine fast 6 Meter lange Eisenbahnschiene gestohlen, sie konnte aber dann wieder beschlagnahmt werden.

p. Den Arbeitgeber geprellt. Unter der falschen Angabe, sich Sachen kaufen zu wollen, hat sich ein Hausdiener G. H. aus Diebstock von seinem Arbeitgeber 100 M. erschwindelt. Nach Empfang des Geldes hat er einfach seine Arbeit eingestellt und nichts mehr von sich hören und sehen lassen.

p. Großer Stoffdiebstahl. Ermittelt wurden die Diebe, die vor kurzem einem hiesigen Spediteur mehrere Ballen Stoffe entwendet hatten. Es sind zwei Händler und eine Frauensperson. 36 Meter Stoff wurden in Diebstock ermittelt und zwei Ballen Stoffe in einem kleinen Gehölz in der Nähe der Stadtgrenze vorgefunden. Die Täter sind bislang noch flüchtig.

p. Das Auge des Gesetzes wacht. . . Wegen Vergehens gegen die Sonntagsruhe, gegen die Lichtverordnung, die Rationierungsvorschriften und wegen Uebertretung der Straßenpolizeiverordnung mußten wieder eine Anzahl Personen zur Anzeige gebracht werden.

— „Die Tragödie einer Intrigantin“, die heute und morgen noch im Lichtspielhaus „Wittelskind“ zu sehen ist, steht im Mittelpunkt der Handlung des selben aus „Paritas vincit“. Der jugendlichen Darsteller der Reinhardt-Bühnen. Er meistert, wie die Direktion des Lichtspielhauses schreibt, die schwierige Rolle des großen Filmstars in verschiedenen Masken, ob er den großen Napoleon oder den griechischen Bildhauer Praxiteles oder irgend eine andere Figur darstellt. Seine Partnerin spielt Edith Posca als Gesellschaftlerin, als Gattin des Filmkaufmanns, als raffige polnische Gräfin, die auch den großen Napoleon in ihren Netzen fängt; überall begauelt sie mit ihrer weiblichen Anmut und ihrem gewandten Spiel. Eine gleich bemerkenswerte Erscheinung ist die elegante und schöne Margarete Herida, die in der Rolle der Prinzessin Elena eine pompöse Erscheinung darstellt. Auch Grete Weigler gefällt in einer netten Episode.

Ami Gohfeld-Mennighüffen.

th. Röhne, 25. Febr. Aus französischer Gefangenschaft sind zurückgekehrt Heinrich Ropp, Röhne (Rgl.) 42; Friedr. Storfmeier, Röhne (Rgl.) 142; Karl Hamelmann, Röhne (Rgl.) 241; Ernst Paaschhaus, Röhne (Rgl.) 132; Heinrich Lübbert, Röhne (Rgl.) 147; Julius Osterhage, Röhne-Beck 115.

th. Gohfeld, 25. Febr. Aus französischer Gefangenschaft sind zurückgekehrt: Aus der Gemeinde Gohfeld Heinrich Rolfmeier, Depenbrock 8; Karl Thierolf, Melbergen 127; Friedrich Simon, Depenbrock 136; Wilhelm Kellermann, Bischofsheide 379; aus der Gemeinde Oberbeck Hermann Westerbach, Ellerbusch 36; Heinrich Lübbing,

Obernbeck 121; Fritz Sielermann, Oberbeck 401; August Gennigsmeier, Oberbeck 249; Wlth. Köster, Oberbeck 445; Gustav Sandbrink, Oberbeck 83; aus der Gemeinde Mennighüffen Friedrich Kleine, Mennighüffen 123; Karl Stuke, Galftern 432; Friedrich Albert, Mennighüffen 162; Ernst Kölling, Westscheide 138; Heinrich Deyle, Mennighüffen 226; Wilhelm Höcker, Mennighüffen 405.

Gohfeld, 25. Febr. In dem Bezirke der Remter Gohfeld-Mennighüffen und Kirchlegern wird zum 1. März eine Schuhmacher-Zwangsinnung errichtet.

th. Bischofsheide, 25. Febr. Dem Landwirt und Kirchenältesten Bernhard Johannsmeyer hier wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe nachträglich verliehen.

Rippische Freistaaten.

b. Detmold, 25. Febr. Ein Familiendrama spielte sich lehtthin in der benachbarten Sommerfrische Hildebrand ab. Der eine Sohn einer Familie war schwer nervenleidend aus dem Kriege heimgekehrt. Er geriet eines Tages mit einem Bruder in Meinungsverschiedenheiten, wobei er derart erregt wurde, daß er schließlich mit einem Stück Holz auf seinen Gegner einschlug. Dieser wehrte die Angriffe des Tobenden mit einem schweren Gegenstande ab, hatte dabei aber das Unglück, daß er den Angreifer so schwer auf den Kopf traf, daß die Gehirnschale zertrümmert wurde. An den Folgen des Schädelbruchs ist der Verletzte gestorben. Aber auch der andere der beiden Brüder wurde so schwer verletzt, daß er in das Landkrankenhaus in Detmold überführt werden mußte.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Höfster, 25. Febr. Mit Genehmigung der Staatsregierung wird der Name des Amtes Höfster-Albaren im Kreise Höfster in „Höfster-Land“ abgeändert.

Der verdächtige Leichentransport.

dd. Hamburg, 26. Febr. (Eigene Drahtmeldung.) Bei einem Leichentransport, der nach dem Ausland gehen sollte, fiel den Bahnbeamten in Altona die außerordentliche Schwere des Sarges auf. Auf behördliche Anordnung wurde der Sarg geöffnet. Man fand darin Gold- und Silberwaren von hohem Wert, die auf diese Weise nach dem Ausland geschmuggelt werden sollten.

Zur Verabreichung des Berliner Mausoleums.

dd. Berlin, 26. Febr. (Drahtmeldung.) Das Polizeipräsidium hat die ausgelegte Belohnung für die Feststellung in der Schändung der Fürstengruft auf 20 000 M. erhöht.

Sport.

Sport am Sonntag. Union 1 stand am Sonntag morgen Teutonia-Bielefeld im Verbandsspiel gegenüber und konnte mit dem Resultat von 3 : 2 Tore die kostbaren 2 Punkte heimbringen. Zu gleicher Zeit schlug Spielvereinigung 1 Eintracht-Bielefeld überraschend ebenfalls mit 3 : 2. Spielvereinigung 3 mußte sich der gleichen Mannschaft des Mindener S.C. mit 7 : 1 beugen. Union 2 fertigte nach überlegenem Spiel die 1. Elf des T. L. S. V. Salzuflen 6 : 1 ab, während Union 4 der 2. Elf der Lipper sogar eine „Pachung“ von 10 : 1 bereichte. Einen ziemlich hartnäckigen Kampf lieferten sich auf dem Waldriedenplatz Spielvereinigung 2 — Eintracht Bielefeld 2, den der Papverein mit seiner besseren Stürmerreihe knapp 1 : 0 für sich entschied. Spielvereinigung 5 — Rasensport 3 5 : 0. Rasensport 4 — Giddenhausen 1. Zgd. 1 : 2.

Ringkampf-Konkurrenz im Lichtspielhaus „Wittelskind“. Gestern Abend fand die internationale Ringkampfkonkurrenz um den Gladiatorenpreis von 3500 M. in bar ihren Abschluß. Als Sieger gingen aus den Kämpfen hervor: 1) Oerdiet (Westfalen) 2. Preis von 2000 M.; Max Schwarz-Berlin (Deutschmeister) 2. Preis (1900 M.) und Francois Raffarteste (Frankreich) 3. Preis (500 M.). Der Franzose siegte in 26 Minuten über den Sachsen Fischer. Oerdiet gebrauchte 57 Minuten, ehe er seinen gleichwertigen Rivalen auf beide Schultern bringen konnte. Die Preisverteilung ging unter großem Beifall des Publikums vor sich.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:		25. Febr.	24. Febr.		
		Geld	Preis	Geld	Preis
Holland	100 Gulden	3596	3604	3578	3596
Norwegen	100 Kronen	1813	1817	1813	1817
Dänemark	100 Kronen	1848 ¹ / ₂	1851 ¹ / ₂	1443 ¹ / ₂	1447 ¹ / ₂
Schweden	100 Kronen	1673 ¹ / ₂	1673 ¹ / ₂	1673 ¹ / ₂	1681 ¹ / ₂
Schweden	100 finn. Mark	389,50	400,40	394,60	395,40
Schweden	100 Kronen	1568 ¹ / ₂	1571 ¹ / ₂	1573 ¹ / ₂	1578 ¹ / ₂
Wien (alt)	100 Kronen	39,46	39,54	39,46	39,54
Budapest	100 Kronen	34,21	34,29	34,21	34,29
Brag	100 Kronen	99,90	100,10	99,40	99,50
Spanien	100 Peletas	1678 ¹ / ₂	1681 ¹ / ₂	1668 ¹ / ₂	1671 ¹ / ₂

Börsenbericht.

Berlin, 25. Febr. Die Montagbesetzung setzt sich heute bei zeitweiser stärkerer Aufwärtsbewegung auf fast allen Märkten nachdrücklich fort. Die Marktentwertung und Marktsucht blieben in der Hauptsache die Träger der hausse. Trumpf sind wiederum Rosonialwerte bei Steigerungen von 800 Prozent für Rosonialanteile, 700 für Eloman, 1800 für Pomona und 50 bis 100 umgefahr für andere. Von Valutapapieren erhielten besonders amerikanische, österreichische, türkische und italienische Bahnpapiere sowie Schantung und Deutsch-Obersee Steigerungen bis zu 80 Prozent. Sonst ist bemerkenswert, daß die starken Kursrückgänge von Montag und Freitag nicht nur im allgemeinen wieder herein gebracht worden sind, sondern die Kurse erholten sich darüber hinaus. Das gilt besonders bei oberösterreichischen Montan, Goldschmidt und Kaliaktien, wobei Westdeutsche und Rheinisch-Westfälische Montanpapiere sich den Kurssteigerungen angeschlossen. Das Geschäft war allgemein von großem Umfang, doch waren Bank- und Schiffahrtswerte stiller. Von heimischen Renten waren Reichsschatkambewertungen weiter anziehend. Alte Preussische Reichsanleihen waren ganz einheitlich, österreichische und ungarische waren recht fest, besonders Lombarden, Prioritäten und Mexikaner erzielten neue Höchstpreise.

Unsere heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Schaller; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Wiese, beide in Gersfeld.

Herforder Zeitung

Bezugspreis 5.40 Mark
vierteljährlich, bei Postbezug
5.40 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntagen und Feiertagen, mittags

für Stadt



und Land

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postfachkonto Nr. 5296
Scheidt & Hammer

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalt. Millimeterzeile oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 48

Herford, Donnerstag, den 26. Februar 1920

30. Jahrgang

Zweites Blatt.

Die Not der kleinen Rentner.

Von Justizrat Jahnke-Berlin.

Die Not der kleinen Rentner wird mit jedem Tage größer, ihre Lage immer verwickelter.

Ich bin bereit, jedem, der sich dafür interessiert — und ich bin der Ansicht, alle Mitglieder der gesetzgebenden Behörden müssen sich dafür interessieren — ich bin bereit, jedem aus den Hunderten von Gläubigern kleiner Rentner nachzuweisen, daß eine ungeheure Anzahl dieser Unglücklichen von ihrem Vermögen eine Jahresentnahme von 800, 1200, 2000, 3000 Mark hat. Jeder Arbeiter, jeder geringste Gewerbetreibende lächelt mitteilend über sie und zuckt die Achseln.

Der Gesetzgeber befindet sich in einem unheilvollen Zirkel. Wenn er die kleinen, erwerbsunfähigen Rentner in die Kasse der glücklichen lachenden Erben, der Spelulanten, Kriegsgewinnler und Schieber einreißt. Das sind sie wirklich nicht, sie sind vielmehr die Veteranen und Invaliden der Arbeit, die ihr ganzes Leben lang ihre Kräfte verbraucht haben, um dem Reiche Steuern zu zahlen und damit zu seinem Bestand beizutragen, und um sich mit einem sauren verdienten und ersparten kleinen Vermögen einen bescheidenen, bescheidenen, aber sorgenfreien Lebensabend zu schaffen.

Dieser Lebensabend bereitet das Reich keinen Militärs und Beamten durch Gewährung von Pensionen, den Arbeitern durch die Invalidenrente.

Die übrigen freien Berufe, die doch auch zur Erhaltung des Reiches beigetragen haben, müssen selbst für ihren Lebensabend sorgen, das Reich tut es nicht.

Das ererbte kleine Vermögen der kleinen Rentner bildet also den Grundstock für ihre Alterspension.

Das Reich schont die Pensionen der Beamten und Militärs, die Invalidenrente der Arbeiter bei der Steuerbefreiung, mit Recht. Man sollte doch nun meinen, daß es die Alterspension der kleinen Rentner, die doch das gleiche bezieht, wenigstens soweit gerechterweise auch schonen müßte, als sie ihnen zum Unterhalt nötig ist.

Die kleinen Rentner mit einem Vermögen bis zu 150 000 Mark können aber, wenn sie auch nur den notwendigen Lebensunterhalt bestreiten wollen, keinen Großen entbehren. Die allermeisten müssen zum Teil vom Vermögen selbst leben. Sie fügen damit, von der Not gezwungen, den Alt ab, auf dem sie sitzen.

Wird doch allgemein heute das Existenzminimum eines Arbeiters auf 6—7000 Mark geschätzt, wovon keine außerordentlichen Steuern verlangt werden.

Von den kleinen Rentnern, deren ersparte Pension in den meisten Fällen weit weniger beträgt, verlangt das Reich sie.

Es schreit zum Himmel, daß diese armen, schuldlosen Menschen immer und immer wieder zu neuen außerordentlichen Steuern herangezogen werden sollen, nur deshalb, weil sie „Reicher“ genannt werden. Sie sind nicht Reicher im Sinne der Steuererhebung, sie sind nichts anderes, als Privatpensionäre. Und doch:

Das Kapitalsteuergesetz verlangt von ihnen 10 Prozent ihrer Einnahme, weil sie Reicher sind.

Das Einkommensteuergesetz besteuert sie wiederum, weil sie Reicher sind.

Die kleinen Rentner haben beiseite gestanden, deshalb sind sie heute schuldlos und rechtlos.

Durch die bitterste Not erst dazu gezwungen, haben sie sich jetzt zu einem Lunde vereinigt, dem täglich in ihrer Hilfsbedürftigkeit neue Mitglieder zuströmen. Sie alle wollen nicht Gnade, wohl aber Gerechtigkeit und immer wieder Gerechtigkeit.

Die Gesetzgebung scheint eingesehen zu haben, wie ungerecht diese kleinen Rentner behandelt werden, denn sie hat bestimmt, daß ein Teil der Kapitalertragsteuer auf die neue Reichseinkommensteuer angerechnet werden soll. Die Rentner bis zu 150 000 Mark Vermögen verlangen von ihr, daß sie den Alt habe, diese Steuer und die Einkommensteuer ihnen ganz zu erlassen, zum mindestens denjenigen unter ihnen, welche über 50 Jahre alt (Frauen über 45) sind oder durch andauernde Krankheit am Erwerb verhindert sind.

Sie wollen nicht das traurige Vorrecht genießen, daß sie unter den an Unterernährung vorzeitig gestorbenen Menschen einen hohen Prozentsatz stellen. Jeder andere Stand wird, wenn er sich in Not befindet, vom Reiche unterstützt. Warum werden diese kleinen Rentner anders behandelt? Warum wird ihnen das letzte genommen?

„National“.

Der deutschnationale Abg. v. Graefe hat am 13. Februar in Halle gesprochen. Er hielt es für angebracht, in der Auslieferungsforderung heftige Angriffe gegen die Regierung zu richten. Nach der „Halleischen Zeitung“ erklärte er in seinem Schlusswort:

„Das Wort, das uns alle auf der rechten Zusammenfassung muß, ist das eine Wort: „national“. Dort stehen die Internationalen — hier die Nationalen. Es besteht die große Gefahr, daß die jetzigen Mehrheitsparteien, wenn sie geschwächt aus der Wahl hervorgehen, die Deutsche Volkspartei zur Regierungsbildung mit heranziehen, die sich dann aus nationalen Gründen nicht widersehen kann. Gründen wir eine vereinigte National-

partei, in der sich Männer aus allen Lagern zusammenfinden, aber bleiben wir immer eingebettet, daß der Gegensatz vom Nationalen das Internationale ist.“

Unmittelbar an diese nichtsinnige und pharisiarische Annahme knüpfte Abg. v. Graefe die in seinem Munde geradezu grotesk klingende Mahnung: „Bewahren wir uns gegenseitig die Achtung, damit wir diese Stunde nicht durch fanatische Hetze entweichen.“ — Was sagt übrigens die Deutsche Volkspartei zu Herrn v. Graefe, der einerseits die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei eng verschmelzen möchte und andererseits hier von der „großen Gefahr“ einer Heranziehung der Deutschen Volkspartei zur Regierungsbildung, d. h. in seinem Sinne von einem Übergang zu den „Internationalen“ spricht? Danach scheint Herr v. Graefe die Deutsche Volkspartei doch für recht wenig standfest in nationaler Beziehung zu halten.

Deutschnationaler Singsang.

Am 22. Januar hat der früher fortschrittliche, jetzt deutschnationale Abg. Traub in Magdeburg gesprochen. Die Deutschnationale Volkspartei dort hatte vorher der „Magdeb. Ztg.“ eine Resolution zugewandt, in der es, um liberale Wähler in die Versammlung zu locken, hieß:

„Traub gehört jetzt der Deutschnationalen Volkspartei an und ist innerlich dieser Partei der Vorsitzende der Abteilung für das liberale Bürgerium.“

Welches Spiel! mit diesem Singsang in der Deutschnationalen Volkspartei getrieben wird, lehrt ein Bild in die von Dr. Traub herausgegebenen „Eigernen Wälder“. Dort machte am 18. Januar Dr. Schiele in seiner Rundschau (Seite 518) folgende Ausführungen über die Auflösung der Abteilung für das liberale Bürgerium in der deutschnationalen Volkspartei:

„Der Führer der befreundeten Volkspartei, der Abg. Dr. Stresemann, hat allerdings in öffentlicher Rede die Behauptung aufgestellt, es gäbe zwei Lager in der Partei, und die Abteilung Traub—Maurenbrecher führe einen Kampf, der zur Spaltung führen könnte. Diese Darstellung entsteht aus einer Unkenntnis, die bei der engen Freundschaft unserer Parteien eigentlich unbegreiflich ist. Immerhin hat dieser Bericht selbst auf einige unserer liberalen Freunde innerhalb unserer Partei verwirrend gewirkt. Es liegt uns nun allen, insbesondere auch Herrn Dr. Traub und Dr. Maurenbrecher daran, jeden Schein einer Frenthe innerhalb der Partei zu vermeiden, und sie halten es deshalb für richtig, die Firma „Abteilung für das liberale Bürgerium“ zu löschen. Sie glauben, daß sie ihre Mission erfüllt hat und das, was sie wollten, nun Gemeingut der Partei geworden ist.“

Zwei Seiten weiter aber macht Dr. Schiele in den „Eigernen Wäldern“ Mitteilungen, die darauf schließen lassen, daß der alte Singsang doch weiter betrieben wird. Er schreibt nämlich:

„Wer der Überzeugung ist, daß eine besondere Schriftentwertriestelle für das liberale Bürgerium im nächsten Wahlkampf nötig und notwendig sein wird, den bitte ich, mir seine Ansicht mitzuteilen und meine Bestrebungen zu unterstützen. Mein Postfachkonto für diesen Zweck lautet: . . . Stichwort: Liberales Bürgerium.“

Diese Mitteilungen lassen erkennen, mit welchen Mitteln die deutschnationale Volkspartei den politischen Kampf führt und besonders im nächsten Wahlkampf die Wähler einzufangen gedenkt.

Deutsche Erzeugnisse im Auslande.

Aus dem Staate Rio Grande do Sul in Brasilien wird dem Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart geschrieben:

Mit freudiger Genugtuung empfangen die Importhäuser unseres Landes endlich wieder die Besuche von deutschen Geschäftsreisenden. Das Fehlen deutscher Waren und Erzeugnisse wurde hierzulande dermaßen schmerzlich empfunden, daß die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen mit Deutschland auch von den meisten luso-brasilianischen Geschäftshäusern freudig begrüßt wird. Eng-

land ebenso wie Nordamerika vermochten die hiesige Geschäftswelt hinsichtlich Qualität, Lieferung und Kredit zufriedenzustellen, so daß trotz aller Bemühungen seitens dieser Länder, den hiesigen Markt an sich zu reißen, die Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen allgemein gewaltig ist. Welchen Wert die deutschen Erzeugnisse hier haben, beweist die Tatsache, daß in jener Zeit, da deutsche Waren unmöglich zu haben waren, jeder Engrosreisende seine Waren, sobald sie etwas besser waren, als „artigo allemão“ (deutscher Artikel) pries. Hiermit hat man selbst in Deutschland anscheinend kaum gerechnet. Man befürchtete, daß der „Gag über den Krieg hinaus“ deutsche Waren auch vom brasilianischen Markt ausschließen würde. Aus diesem Grunde wohl haben verschiedene deutsche Firmen ihre Musterkollektionen mit französischen Aufschriften und Benennungen versehen, um mit den deutschen Bezeichnungen nicht „anzustoßen“. Das ist aber ganz falsch. Hier im Auslande beweisen die Bezeichnungen am besten die Herkunft der Waren, und jeder Kunde wird heute sicher einen Artikel mit deutscher vor einem solchen mit englischer oder französischer Bezeichnung vorziehen. Werden hier Waren

angeboten, so fragt man fast immer sofort nach der Herkunft, und bei Deklaration derselben als deutsch, werden sie in der Wertschätzung noch immer gewinnen, denn beim Geschäft hört wie beim Feindeshaß auf, das hatten die verflochtenen Jahre tausendfach erwiesen.

Andererseits ist es kürzlich einem deutschen Textilreisenden passiert, daß er wegen der französischen Benennung seiner Muster schlechte Geschäfte machte und ihm die deutschen Importhäuser überhaupt nichts abtaufelten. Jedes Muster sollte die Bezeichnung tragen, wie deutsche Ware, deutsches Erzeugnis, letzte Mode, hochmodern, statt Made in Germany, Nouveauté, Dernière mode, Ultrachic. Der Versuch würde den Beweis erbringen, daß dies die beste Empfehlung wäre und selbst bei luso-brasilianischen Geschäften am besten ziehen würde.

Unterhaltendes.

Der deutsche Verkehr der Zukunft.

Der bekannte Vorkämpfer der Verkehrsvereinigung, Wktl. Geh. Rat Dr. Hermann Kirchhoff, veröffentlicht in der Zeitschrift des Bundes deutscher Verkehrsvereine einen Aufsatz in die Zukunft des deutschen Verkehrs. Aus den Ausführungen dieses hervorragenden Sachverständigen seien folgende Einzelheiten mitgeteilt: Den jetzigen verkommenen Personenverkehr darf man wohl als eine vorübergehende Erscheinung ansehen. Nach Überwindung der augenblicklichen Schwierigkeiten wird er allmählich doch wieder in normalen Bahnen einleiten, später sogar riesige Dimensionen annehmen. Er wird sich aber vorwiegend auf Massenverkehr auf einfacher, mehr ins Praktische gehender Grundlage vollziehen. Die durch hochgespannte Berufsämtern in erhöhtem Maße erholungsbedürftige Bevölkerung wird im Verein mit der Eisenbahn mehr denn je benutzenden Geschäftswelt später große Anforderungen an das Verkehrsweesen stellen. Nur die Kurzreisen werden immer mehr abnehmen. Einer verhältnismäßig dünn gesäten Oberfläche der leitenden Kreise wird die immer mehr sich verbreitende und ausgleichend wirkende Volksmasse gegenüberstehen. Letztere wird so sehr alles beherrschen, daß auch die Oberfläche in ihrer ganzen Lebenshaltung dem Nachtrag tragen muß. Die Wirkung für das künftige Verkehrsweesen wird daher die sein, daß Luxus aller Art, insbesondere Transportluxus, verpönt und nur noch Raum für maßvollen Komfort, für Sonderleistungen, namentlich zugunsten von Kranken und Schonungsbedürftigen, sein wird. Es wird später nur zwei Wagenklassen geben: eine Polster- und eine Holzklasse, geben. Für die fernzige läßt sich sogar denken, daß es immer nur eine Klasse gibt: D-Züge mit hochtariflicher Polsterklasse und D-Züge mit niedrig tarifierter Holzklasse, letztere auch mit Speise- und Schlafwagen, aber höchst einfach und praktisch.

Aller Voraussicht nach wird in dem neuen Industrieaat ein großer Reise- und Wanderverkehr — wie er dem Deutschen nun mal eigen ist, — auch bei der Arbeiterklasse hervortreten. Bei ihr wird aller Voraussicht nach eine große Geldsituation und Zahlungsfähigkeit, wie wir sie jetzt schon wahrnehmen, auch im Reiseverkehr herrschen.

Es wäre kurzweilig, dieser Entwicklung der Dinge nicht far ins Auge zu schauen: Deutschland ist nicht dem Untergange geweiht. Es wird sich wieder emporarbeiten, aber anders, wie es sich die meisten denken. Das erste was jetzt zu geschehen hat, ist die Sanierung des Verkehrsweesens. Diese wird und muß in Gestalt der Reichsbahn gelingen. An dem neuorganisierten Verkehrsweesen wird das gesamte Wirtschaftsleben allmählich genesen. Ist dies aber nach eisernein Fleiß gelungen, dann hat Deutschland dank seinem Organisationsalent und seinen im Vo te noch vorhandenen — wenn auch zurzeit noch schlummernden — ethischen Kräften alle Anwartschaft darauf, wieder ein blühendes Staatsweesen zu werden.

Unser Elend.

Von der holländischen Grenze wird geschrieben: In den letzten Tagen ziehen fortwährend größere Trupps kleinerer Kinder aus dem Ruhrgebiet nach den holländischen Grenzorten, um dort Lebensmittel zu erbetteln. Die Kinder meist in Lumpen gehüllt und vielfach barfuß, sind oft mehrere Tage und Nächte unterwegs, da sie die Reise zu Fuß zurücklegen. Es ist festgestellt, daß die Kinder sich im Walde an der Grenze verstecken und nachts die Grenze überqueren. In den holländischen Grenzorten finden sie für einige Tage Unterkunft und Nahrung, worauf sie gewöhnlich umkehren. Die Behörden sind auf diese Zustände aufmerksam gemacht.

Der unanständige „Alt“.

Der vielbesprochene Streit um das Weimarer Bauhaus hat eine niedliche Reminiszenz gezeitigt. Ein Leipziger Blatt hatte den Weimaranern nachgesagt, daß es in ihrer alten Kunstschule unter der Diktation des heftigen Standesherrn Grafen Götz-Schlicht keinen weiblichen Alt gegeben habe. Die Schüler der Alt-Klasse hätten nur männliche Alte gefasst. In der Porträtklasse sei wohl der Kopf einer im methusalemischen Alter stehenden Matrone gezeichnet und gemalt worden, aber was unterhalb der weiblichen Halskrause war, durfte offiziell für den Malerjüngling nicht registrieren. Einige Jahre später ließ sich ein vorwühiger Professor ein weibliches Modell aus Berlin kommen. Dessen erging es

aber schließt. Die Leute dachten es, es bekam keine Wohnung und mußte Weimar schleunigst wieder verlassen. Diese Erzählung wird nun von Weimar aus mit folgendem Seitenhieb auf die große See- und Kunststadt Leipzig beantwortet: Zunächst sei es unrichtig, daß es zur Zeit der Leitung des Grafen Götze an der Kunstschule kein weibliches Modell gegeben habe, denn es habe seit Bestehen der Anstalt stets weibliche Modelle in Weimar gegeben. Als aber einmal Modellmangel eingetreten war, wurde ein Professor von der Leitung beauftragt, sofort nach einer der am schnellsten erreichbaren, größeren Kunststädte, wo Akademien bestanden, zu fahren und dort auf weibliche Modelle zu fahnden. Er fuhr denn auch schleunigst nach Leipzig, begab sich dort zur Akademie und als er dem Kassellan derselben sein Begehren mitgeteilt, antwortete ihm dieser im schönsten Dialekt: „Ne, so was Unanständiges hammer hier nicht!“

Der Tod unter der deutschen Kinderwelt.

Geheimrat Professor Abderhalden von der Halle'schen Universität hat in einem öffentlichen Vortrag über die Kindersterblichkeit in Deutschland und ihre Bekämpfung auf Tatsachen hingewiesen, die von größter Tragweite sind und deren Bekämpfung für das deutsche Volk notwendig ist. Abderhalden behauptet, daß in Wien die Ernährungserhältnisse entgegen allen anderen Nachrichten bedeutend besser seien als in Deutschland. Abderhalden

wies in seinem Vortrag auch darauf hin, daß schon 1916 die Kindersterblichkeit in Deutschland einen ganz erheblichen Umfang angenommen hatte, und daß trotzdem im Jahre 1918 von offizieller deutscher Seite aus dementsprechende Nachrichten demitiert worden sind. Als 1918 zum ersten Male deutsche Kinder in die Schweiz geschickt wurden, sandte man aus Prestigegründen wohlgenährte Kinder. Wäre der Krieg nicht gewesen, so wären im Laufe der Jahre 1914—1918 zwei Millionen Kinder mehr in Deutschland geboren worden. Jetzt sind weit über 100 000 Kinder umgeworfen und Hungertod verfallen, wenn nicht sofort gegen die Unterernährung eingeschritten wird, unter der ungefähr 500 000 Kinder schwer leiden. Tuberkulose und Rachitis herrschen in erschreckender Weise unter der deutschen Jugend. Wir selbst wissen gar nicht, wie schwer unsere Kinder im Wachstum zurückgeblieben sind, aber als jüngst eine neutrale Vorkommission Deutschland bereiste, stellte sie fest, daß sie großjährige Kinder auf neun Jahre eingeschätzt habe. Abderhalden rügte die Interessenlosigkeit des deutschen Publikums, das sich am Hilfswerk viel zu wenig beteiligte und schloß mit einem Appell an den deutschen Gemeinschaftsgeist.

Gaede's Gutnummer.

In der „Jenauer Universitäts-Zeitung“, die dem Andenken Ernst Gaede's jünger ein Sonderheft widmete, lesen wir: An einem schönen Sommerabend von Burgau heimkehrend, hatten

Gaede und sein Begleiter in der elektrischen Straßenbahn der Wärme wegen ihre Hüte abgelegt. Scherzend verlauchten sie beide und während der zierliche Kopf des Begleiters in Gaede's gewaltigem Schlapphut verlor, konnte sich das Strohhütchen des andern kaum auf Gaede's mächtigem Gauche halten. Dabei erinnerte sich Gaede folgenden Vorfalls: Er war von der Universität Lund zum Ehren doktor ernannt und hatte zugesagt, zur feierlichen Promotionsfeier nach dort zu kommen. Auf eine Anfrage nach seiner Gutnummer für Unterfertigung des Dokortitels hatte er 62 angegeben. Umgehend erfolgte die drückende Rückfrage von Lund, es müsse hier doch ein Irrtum vorliegen, um dessen Berichtigung gebeten würde. Die Angabe war aber zutreffend. (Bismarck's Gutnummer war 61,5.)

Wild-West-Zustände.

Am hellen Tage wurde in Frankfurt a. M. das Schaufenster eines Juwelierladens geplündert. Auf einem der belebtesten Plätze der Stadt vor einem Juwelierladen am Goetheplatz fuhr ein Krafswagen vor. Ein Mann sprang ab, warf einen Backstein ins Schaufenster, das auseinanderbrach und nahm mit raschem Griff zwei Silber den Vorfall für werden konnte, ab.

Unsere heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Schaller; für den Anzeigenvertrieb verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

Bekanntmachung.

Die auf Grund des Gesetzes vom 16. 7. 19 neu gebildete Kommission für die Veranlagung der Gebäudesteuer im Stadtkreis Herford setzt sich wie folgt zusammen, aus

- a) dem Vorsitzenden: Katasterkontrollleur Steuerinspektor Wegmann in Herford,
- b) dessen Stellvertreter: Katasterkontrollleur Steuerinspektor Meyer in Herford,
- c) den Mitgliedern:
 - 1) Tischler Friedrich Oberschachtel in Herford, Eberdissenstraße Nr. 103,
 - 2) Tischler Friedrich Frensemeyer in Herford, Oelinghauserweg Nr. 78 a,
 - 3) Architekt Wilhelm Köster in Herford, Kurfürststr. 8,
 - 4) Kaufmann Willy Weener in Herford, Reinholdstr. 7;
- d) den Sachverständigen:
 1. Tischler Hermann Söde in Herford, Salzgrabenstr. 157,
 2. Architekt Paul Müller in Herford, Arndtstraße 1.

Herford, den 10. Februar 1920.

Regierung, Abteilung III, gez. Riede.

Veröffentlichung.

Herford, den 23. Februar 1920.

Der Magistrat.

Verordnung.

Im Einverständnis mit dem Herrn Regierungskommissar Severing verordne ich für das unter Ausnahmezustand stehende Gebiet auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 wie folgt:

Jeder Straßenhandel mit Tabakwaren, Streichhölzern und Schokolade ist verboten. Als Straßenhandel ist auch das bloße Anpreisen von Waren auf der Straße anzusehen, ohne daß die Ware zugegen ist.

Zu widerhandlungen werden, sofern nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 bestraft.

Diese Verfügung tritt mit dem 16. 2. in Kraft.

Münster, den 14. Februar 1920.

Wehrkreiskommando VI.

Der Befehlshaber: gez. Frhr. von Watter, Generalleutnant.

Veröffentlichung.

Herford, den 20. Februar 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Wehrkreiskommando 6

Abteilung Ia. Nr. 2502 Pers.

Münster, den 7. Februar 1920.

Verordnung.

Im Einverständnis mit dem Regierungskommissar Severing verordne ich für das unter Ausnahmezustand befindliche Gebiet auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 13. 1. 20 wie folgt:

Die Gastwirte und Besitzer von Saalbauten haben sich vor Abgabe ihrer Räumlichkeiten zu Versammlungen oder Gesellschaften davon zu überzeugen, daß die Veranstaltung von der zuständigen Behörde gemäß Wehrkr. Abt. Ia. 2230 vom 12. 1. 20. genehmigt ist. Die Abgabe von Räumlichkeiten zu nicht genehmigten Veranstaltungen ist verboten.

Verstöße gegen diese Verordnung werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. 1. 20. geahndet.

Wird seitens des Militärbezirksbehörden oder der Polizeibehörde vorübergehende Schließung eines Lokales für erforderlich gehalten, so ist dies beim Wehrkreiskommando zu beantragen.

Diese Verfügung tritt mit dem 8. 2. 20 in Kraft.

Der Reichskommissar: gez. Severing.

Der Befehlshaber: gez. Frhr. v. Watter, Generalleutnant.

Veröffentlichung.

Herford, den 23. Februar 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Wehrkreiskommando 6

Abteilung Ia. Nr. 2498 Pers.

Münster, den 8. Februar 1920.

Genehmigung von Versammlungen.

Im Einverständnis mit dem Herrn Regierungskommissar Severing verordne ich für das unter Ausnahmezustand stehende Gebiet auf Grund der §§ 1—4 der Verfügung des Reichspräsidenten vom 13. 1. 20 wie folgt:

Alle Versammlungen, bedürfen der Genehmigung des örtlichen Militärbezirksbehörden oder, wo ein solcher nicht vorhanden ist, der Ortspolizeibehörde.

Für die Handhabung des Versammlungsverfahrens bleibt die Verordnung des Wehrkreiskommandos Ia. Nr. 2230 v. 12. 1. 20. maßgebend.

Die Verfügung tritt mit dem 10. 2. 20. in Kraft.

Der Reichskommissar: gez. Severing.

Der Befehlshaber: Frhr. von Watter, Generalleutnant.

Veröffentlichung.

Herford, den 23. Februar 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Ankauf bezw. Enteignung der Pferde im Stadt- und Landkreis Herford zur Ablieferung an Frankreich und Belgien.

Auf Grund des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 (RGBl. S. 1530) des Gesetzes über Enteignung und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 31. August 1919 (RGBl. S. 1527) und des Gesetzes des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 10. Januar 1920 betr. Viehabgabe an Frankreich und Belgien ist für den Stadt- und Landkreis Herford der Termin zum Ankauf bezw. zur Enteignung der Pferde zur Ablieferung an den Feindbund auf Sonnabend, den 28. Februar 1920, 10 Uhr vormittags auf dem Ländebereich in Herford festgesetzt.

Die Musterung findet in nachstehender Reihenfolge statt:

1. Stadt Herford, 2. Amt Hiddinghausen, 3. Amt Volkhof, 4. Amt Spengde, 5. Amt Ennigloh, 6. Stadt Bünde, 7. Amt Kirchlegern, 8. Amt Enger, 9. Röhne, 10. Amt Herford-Hiddinghausen.

Innerhalb der Termine folgen die Gemeinden in alphabetischer Reihenfolge.

Es sind vorzuführen:

Sämtliche Hengste, Stuten und Stutfohlen — diese soweit sie nicht 1919 und 1920 geboren sind — des fahrbüchlichen Alters, einschließlich Kreuzungen, auch wenn diese in die Listen noch nicht eingetragen worden sind.

Wer sich weigert, wird auf Grund der Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers vom 2. Dezember 1919 § 6 (RGBl. Nr. 232 S. 1939) durch Ordnungstrafen bis zu 5000.— M. in jedem Einzelfalle zur Vorführung der Tiere angehalten werden, auch wird nach einmaliger fruchtloser Aufforderung die Vorführung durch Dritte auf Kosten des Verpflichteten vorgenommen und der vorläufig zu bestimmende Kostenbetrag im Zwangswege eingezogen werden.

Alle Pferde müssen eine Stunde vor Beginn des Musterungsgeschäfts zur Stelle sein, damit sie gehörig geordnet und gemeindeweise vorgeführt werden können.

Abstammungspapiere und Deckscheine aus 1919 bezw. 1920 sind mitzubringen.

Die Kommission wird zunächst einen freihändigen Ankauf vornehmen und erst, falls hierdurch die erforderliche Anzahl der geforderten Pferde nicht gestellt werden kann, zur Enteignung schreiten.

Der Ankaufspreis oder die für die enteigneten Pferde zu zahlende Entschädigung wird von der Kommission im Abnahmetermin sofort endgültig festgelegt und nach der endgültigen Abnahme durch die französisch-belgische Kommission auf der Sammelstelle in Dortmund an den Pferdebesitzer durch die Abrechnungsstelle der Landwirtschaftskammer überwiesen.

Der Pferdebesitzer erhält durch die Kommission den Kaufschein bezw. die Enteignungsverfügung ausgehändigt und hat das Pferd wieder in seinen Betrieb zurückzunehmen und bis zum Abbruch zur Verladung nach Dortmund sorgfältig zu bewachen und zu pflegen. Vorher werden die Tiere durch einen beamteten Tierarzt auf Gewährsmängel untersucht und der Besitzer hat die geschädigte Haftung für Gewährsmängel und für die von Frankreich und Belgien hierfür aufgestellten Bedingungen zu übernehmen.

Die Pferde werden mit der gesetzlichen Maßgabe gekauft bezw. enteignet, daß diese, im Falle sie von der französisch-belgischen Abnahmekommission auf der Sammelstelle in Dortmund nicht abgenommen werden von den Besitzern zurückzunehmen sind und mit dem Brandzeichen versehen werden. Die Pferde erhalten am Halte rechts das Kommissionszeichen mit Nummer und auf dem rechten Vorderfuß die laufende Nummer innerhalb der Kommission eingetragenen. Nach Anweisung des Landratsamtes werden sodann später im Falle des Verkaufs Untersuchung auf Rost, Milzproben entnehmen und ist den erlassenen Anweisungen unbedingt Folge zu leisten.

Den Besitzern der gekauften bezw. enteigneten Pferde wird später mitgeteilt, wann die Ablieferung der Pferde auf der auf dem Kaufschein bezeichneten Verladestation zu erfolgen hat. Die Rückseite des Kaufscheines enthält nähere Anweisungen über die Behandlung der Pferde bis zum Abbruch, die besonders zu beachten sind.

Das gekaufte oder enteignete Pferd steht bis zur Abnahme durch den Vertrauensmann des Kreises an der Verladestation auf Kosten und Risiko des Besitzers. Die Haftung für die Gewährsmängel und „Stoßen“ des Pferdes bleibt für den Besitzer weiter bestehen.

Herford, den 17. Januar 1920.

Der Landrat. Der Oberbürgermeister.

Viehzahlung am 1. März 1920.

Durch die Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums vom 14. Januar 1920 (RGBl. S. 49) und auf Grund des § 2 der Bekanntmachung vom 30. Januar 1917 (RGBl. S. 81) erstreckt sich die am 1. März 1920 in Preußen stattfindende vierteljährliche Viehzählung auf Pferde, ohne Militärpferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen und Gesevich (Gänse, Enten, Fühner, Trut- und Perlhühner).

Die Ergebnisse der Viehzählungen dienen lediglich den Zwecken der Staats- und Gemeindeverwaltung und der Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Aufgaben.

Ueber die in den Zählbezirken enthaltenen, den Viehbesitz des einzelnen betreffenden Nachrichten ist das Amtsgeheimnis zu wahren. Die Angaben dürfen nur zu amtlichen statistischen Zwe-

cken, begeben nicht zu Steuerzwecken, benutzt werden. Die Benutzung der Zählergebnisse für die Aufbringung der Viehsteuern-Einsparungen und für Maßnahmen der öffentlichen Verwaltung ist zulässig.

Das Gelingen der Zählung hängt wesentlich von der Mitwirkung der selbständigen Ortsbeamten bei der Ausfüllung der Listen ab. Es wird daher auf die bereitwillige Mitwirkung der Ortsbeamten hingewiesen. Auch werden die Vorstände der Viehbesitzenden Haushaltungen ersucht, den Zählern ihr Amt nach Möglichkeit zu erleichtern und ihnen unnütze Gänge oder Arbeiten zu ersparen.

Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der er auf Grund der Verordnung vom 30. Januar 1917 oder der nach § 2 erlassenen Bestimmungen aufgefordert wird, nicht erstattet oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil „für dem Staate verfallen“ erklärt werden.

Münster, den 20. Februar 1920.

Der Regierungspräsident.

J. V. Angerer.

Veröffentlichung.

Herford, den 24. Februar 1920.

Der Landrat. Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Nach Bestimmung des Reichsernährungsministeriums sind den heimkehrenden Kriegsgefangenen als Sonderzuweisungen von denjenigen Kommunalverbänden von denen sie zum ersten Mal in die ordentliche Lebensmittelversorgung aufgenommen werden wöchentlich für die ersten sechs Wochen

- je 1 Pfund Brot,
- 50 Gramm Fett,
- 125 Gramm Auslandspeck oder Konservenfleisch,
- 250 Gramm Hülsenfrüchte

zu gewähren. Anträge auf Bewilligung der Zusatzlebensmittel sind an den Bürgerverein täglich von 8—12 Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags zu stellen. Militärpapiere, Entlassungsschein und Lebensmittelfarte sind vorzulegen.

Die Heimkehrer, welche aus französischer Gefangenschaft entlassen worden und zurückgeführt sind, werden zum Zwecke der Aufnahme von Anträgen zur Bewilligung der wirtschaftlichen Beihilfen eingeladen, in der amtlichen Fürsorgestelle für Kriegsgefangene, Mathaus, Zimmer 79, in den Vormittagsstunden von 9—1 Uhr vorzusprechen.

Gemäß Verfügung des Herrn Ministers für Volkswohl-fahrt vom 8. November 1919 wird hiermit auf die große Gefahr der Einschleppung von ansteckenden Krankheiten (Pest, Cholera, Typhus, Ruhr, Malaria usw.) sowie Geschlechtskrankheiten durch rückkehrende Kriegsgefangene, Flüchtlinge und Rückwanderer besonders in der nächsten Zeit aufmerksam gemacht.

Im Interesse der allgemeinen Volksgesundheit hatten wir es daher für dringend erforderlich, daß alle rückkehrenden Kriegsgefangenen, Flüchtlinge und Rückwanderer, bis zum Ablauf von mindestens 3 Wochen, vom Tage des Eintreffens in Herford sich regelmäßig Mittwoch und Sonnabends vormittags 10 Uhr auf Zimmer Nr. 10 des Rathauses zur unentgeltlichen Untersuchung einfinden.

Bei der letzten Untersuchung erhält jeder vom Stadtarzt eine Gesundheitsbescheinigung.

Wir bitten dringend alle Angehörigen von Kriegsgefangenen und diejenigen, welche Flüchtlinge und Rückwanderer in ihrer Familie oder in ihrem Hause aufnehmen, die Eintreffenden auf vorstehende Bekanntmachung aufmerksam zu machen und helfend dazu beizutragen, daß verheerende Ansteckungskrankheiten vermieden werden.

Herford, den 4. Februar 1920.

Kriegsgefangenenheimkehr Herford-Stadt.

Preise für Thomaspophosphatmehl.

Unsere Bekanntmachung vom 18. ds. Mts. bedarf der Ergänzung:

Die Wertpreise für 1 Kilogrammprozent betragen Gesamtsamtposphorsäure 3,53 M, zitroneisensäurehaltige Phosphorsäure 4,15 M; dazu treten folgende Reichsumlagebeträge: für 1 Kilogramm Gesamtsamtposphorsäure 72 S, für 1 Kilogramm zitroneisensäurehaltige Phosphorsäure 35 S. Außerdem wird für Papier-säcke ein Aufschlag von 2,30 M für je 100 Kilogr., für Gewebesäcke ein Aufschlag von 9 M für den Sack von 100 Kilogr. und von 7,50 M für den Sack von 75 Kilogr. Fassungsraum berechnet. Unbeschädigte Säcke werden von den Werken zu etwa 1/4 des berechneten Preises zurückgekauft.

Herford, am 24. Februar 1920.

Kreisausschuß Herford, Abt. Kriegswirtschaft.